

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 75 (2000)

Heft: 12

Anhang: Extra 3 : wohnen & demokratie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Trennung zwischen Reich und Arm auf dem Wohnungsmarkt wird in der Schweiz nie so drastisch in Erscheinung treten wie in den USA, wo dauernd neue, eingezäunte Wohnanlagen errichtet werden. Seite 2 Eine andere Ausgangslage mit ähnlichen Folgen trifft man in der Republik Südafrika, wo die politische Apartheid von immobilienwirtschaftlicher Ausgrenzung abgelöst wurde. Seite 5 Wieviel Demokratie in der Genossenschaft?, wollten wir von vier Engagierten wissen. Seite 8 Und wer hütet die Schweizer Demokratie am besten? Seite 11 Wer entscheidet über Wohnort und Einrichtung? Seite 13 Warum können wir nicht am See spazieren, obwohl es demokratisch beschlossen wurde? Seite 16

wohnen & demokratie



Friede den Palästen

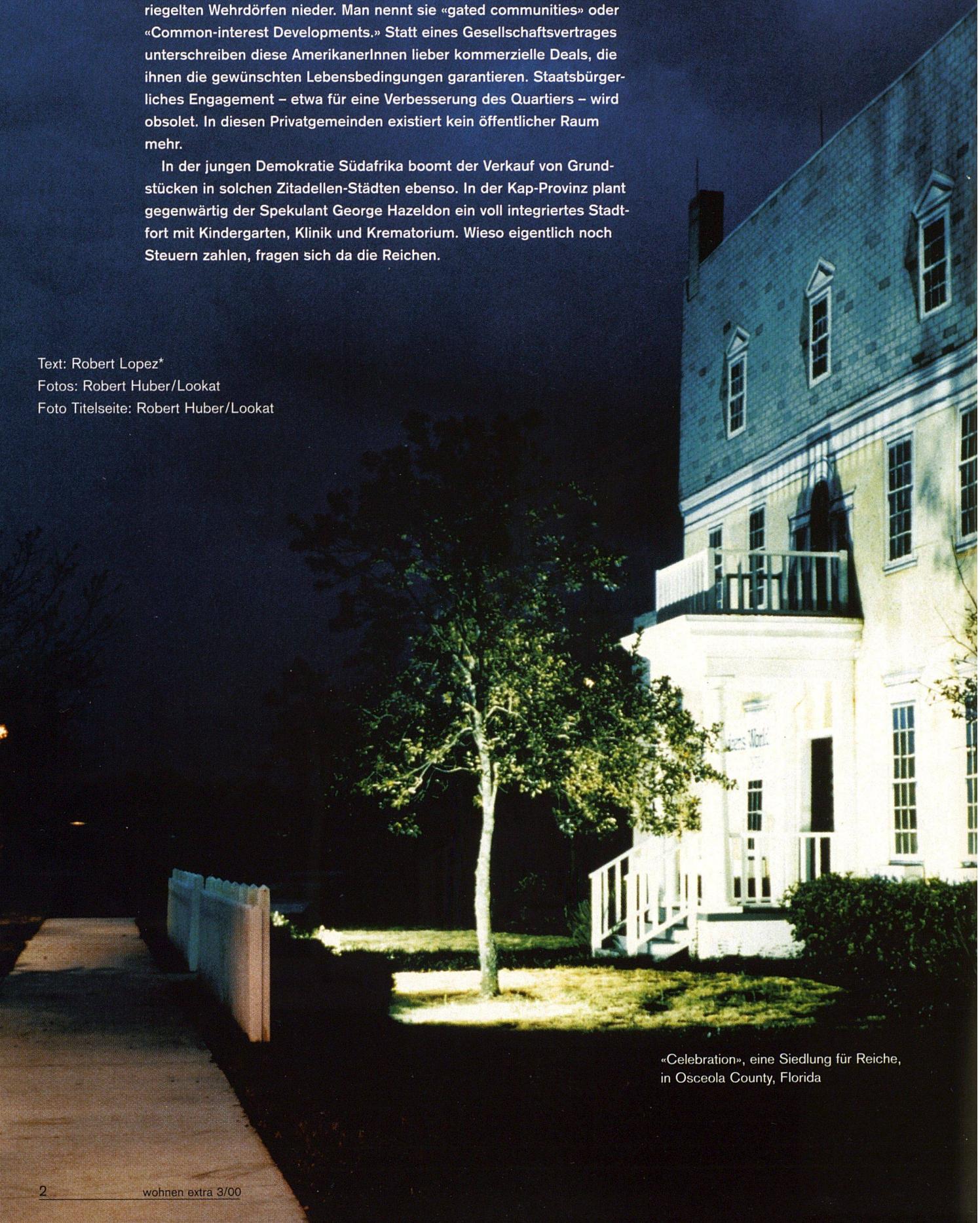
In den USA, der ältesten modernen Demokratie, setzt sich der obere Mittelstand immer stärker ab. Familien mit höheren Einkommen lassen sich im Umfeld der grossen Citys in hermetisch von der Umwelt abriegelten Wehrdörfern nieder. Man nennt sie «gated communities» oder «Common-interest Developments.» Statt eines Gesellschaftsvertrages unterschreiben diese AmerikanerInnen lieber kommerzielle Deals, die ihnen die gewünschten Lebensbedingungen garantieren. Staatsbürgertliches Engagement – etwa für eine Verbesserung des Quartiers – wird obsolet. In diesen Privatgemeinden existiert kein öffentlicher Raum mehr.

In der jungen Demokratie Südafrika boomt der Verkauf von Grundstücken in solchen Zitadellen-Städten ebenso. In der Kap-Provinz plant gegenwärtig der Spekulant George Hazeldon ein voll integriertes Stadtfort mit Kindergarten, Klinik und Krematorium. Wieso eigentlich noch Steuern zahlen, fragen sich da die Reichen.

Text: Robert Lopez*

Fotos: Robert Huber/Lookat

Foto Titelseite: Robert Huber/Lookat



«Celebration», eine Siedlung für Reiche, in Osceola County, Florida

Fast 50 Millionen Amerikaner, hauptsächlich weisser Hautfarbe und konservativer Gesinnung, leben bereits in solchen geschlossenen Wohnwelten, in denen drakonische Vorschriften herrschen: Die Strassen sind privat, die Schulen sind privat, die Polizei ist privat, die Kanalisation ist auch privat.

In Waterford Crest, unweit von Los Angeles, schwärmen die Einwohner von ihrem Blick auf die Berge, den niemand ihnen wird verbauen können, und von ihren vorbildlich gepflegten Golfplätzen. Ihre grosszügig angelegten Häuser mit Swimming-Pool und einer Garage, in die bequem drei Autos passen, verkörpern den Traum fast jeden Amerikaners. Was die Einwohner aber vor allem schätzen, sind die Wächter und die Schranken an den Zufahrtsstrassen, die sie vor der Aussenwelt schützen.

Denn ein Fremder wird es kaum wagen, die Alleen dieser kleinen Stadt in der Stadt zu betreten. Hier ist alles streng privat, und die uniformierten Sicherheitskräfte, die das ganze Viertel mit Videokameras überwachen und ständig über Walkie-Talkies miteinander quatschen, würden den Eindringling sofort einer Leibesvisitation unterziehen.

Fast 50 Millionen Amerikaner, hauptsächlich weisser Hautfarbe und konservativer Gesinnung, leben bereits in solchen geschlossenen Wohnwelten, in denen drakonische Vorschriften herrschen: Die Strassen sind privat, die Schulen sind privat, die Polizei ist privat, die Kanalisation ist auch privat.

Und während in Washington vor allem die Republikaner alle Reglementierungen abschaffen wollen, die der Freiheit des Individuums hinderlich sein könnten, wuchert in diesen Enklaven, die den öffentlichen Raum aushöhlen, ein Dschungel von Vorschriften über alles und jedes: die Farbe der Hauswände, die Schnitthöhe des Rasens, das Verbot von Fahnenstangen und Wäscheleinen, die Bepflanzung der Vorgärten.

Solche künstlichen communities finden sich allmählich überall in den Vereinigten Staaten, im Umland von Seattle und Los Angeles wie in den Vororten von Dallas, Phoenix, Washington und Miami. Sie werden von Eigentümergemeinschaften verwaltet, die de facto auf ihrem Gebiet Regierungsgewalt ausüben und Steuern erheben, mit denen die Sicherheitsvorkehrungen und Grünanlagen finanziert werden. Besonders zahlreich sind diese Gemeinden bislang in Kalifornien und Florida, aber selbst Minnesota – der einzige Staat, der 1984 nicht für den wiedergewählten Präsidenten Reagan stimmte – hat mittlerweile seine Festungsstadt. Ein deutliches Zeichen dafür, dass sich in den USA eine Apartheid der Wohnverteilung ausbreitet.

Waterford Crest hat das Versprechen seiner Marketingkampagne eingelöst: «Eine perfektere Welt.» Die Privatstadt liegt in der reichen Region des Orange County, einer Hochburg der republikanischen Rechten und Wiege des Reaganismus. Sie ist eine der siebzehn privaten Kommunen von Dove Canyon – Refugium in einer Region, in der die Angst vor dem Verbrechen hysterische Ausmasse angenommen hat. Ein Drittel aller Wohnkomplexe, die in den letzten fünf Jahren in Südkalifornien gebaut wurden, sind eingezäunt und werden privat verwaltet. Nach Bruce Sternberg, einem Mitglied des US-amerikanischen Architektenverbands, «ist die Militarisierung des Raumes nirgends so weit fortgeschritten wie in Los Angeles und Umgebung. Das ist eine der entscheidenden Entwicklungen der letzten Zeit.»

Viele Stadtplaner verweisen auf die negativen sozialen Folgen dieser Privatisierung des städtischen Umfeldes in einer Zeit, da die Staaten und Gemeinden kaum noch die Unterhaltskosten für öffentliche Anlagen und Gebäude aufbringen können. Die neu entstehenden Enklaven trennen Besitzende von Besitzlosen und verschärfen so die Balkanisierung eines Landes, das ohnehin unter ethnischer und sozialer Zerrissenheit leidet. Mike Davis, Autor eines klassischen Werks über die urbane Umstrukturierung und die Festungsbezirke, fürchtet überdies, dass «die Demokratie des öffentlichen Raums zerstört wird: So fängt es an, und in absehbarer Zeit hört die Stadt auf, als Stadt zu existieren.» An der Verfassung vorbei, die jede Form von Diskriminierung verbietet, fördern die privaten communities die Entstehung ethnisch und sozial homogener Wohnbezirke. Die bestehenden und in Planung befindlichen «Zaunstädte» führen zu ständigen Konflikten zwischen öffentlichen und privaten Stadtbezirken, oft auch zu kostspieligen Prozessen, in denen die Legalität dieser Entwicklung angefochten wird.

Die meisten Eigentümer sind unter fünfzig und im Allgemeinen mittlere oder höhere Angestellte, die über 60 000 Dollar pro Jahr verdienen. Oft geben die Kaufinteressenten zu, dass sie durch die Werbekampagne von Waterford Crest («Eine perfektere Welt») angelockt wurden, in der die komfortable Ausstattung, die Sicherheitspatrouillen und die ländliche Umgebung angepriesen werden.

Darlene Mathey, eine knapp sechzigjährige Hausfrau, lebt seit mehr als dreissig Jahren in Anaheim, bekannt durch das dort gelegene Disneyland. Sie hat sich Waterford Crest angesehen: Sie und ihr Mann wollen Anaheim verlassen, das sich für ihren Geschmack zu sehr verändert hat, seit in den letzten zehn Jahren zahlreiche lateinamerikanische Einwanderer zugezogen sind, die jetzt das Stadtbild prägen. Auch die Kriminalitätsrate ist gestiegen, und die Zahl der Gangs hat sich vervielfacht.

Jeremy Toller, Leiter einer Bank, lebt seit einem Jahr in Waterford Crest. Auch wenn er jetzt mehr Zeit auf den verstopften Autobahnen zubringen muss, um zur Arbeit zu kommen, bedauert er keineswegs, dass er umgezogen ist. Der Blick auf die Berge, die ruhigen Strassen und das Gefühl der Sicherheit entschädigen ihn für die längere Fahrtzeit: «Hier können meine Kinder aufwachsen,

«Die Preise dort sind sehr viel höher, und das liegt vor allem an den Zäunen.»

ohne dass ich mir über Verbrechen oder Drogen den Kopf zerbrechen müsste.» Insgesamt leben fast 2000 Menschen in den 1350 Wohneinheiten von Waterford Crest.

Dove Canyon wird von einer Eigentümergemeinschaft verwaltet. Sie achtet darauf, dass die Vorschriften eingehalten werden, die zum Beispiel verlangen, dass man sich mit den zuständigen Architekten abspricht, ehe man sein Haus neu streicht oder neue Bäume im Garten pflanzt. In Waterford Crest zahlt jeder Eigentümer monatlich 149 Dollar, um die Gemeinschaftseinrichtungen in Schuss zu halten. Die Wahl des Verwaltungsrats kommt so zustande: Jede der siebzehn Kommunen von Dove Canyon wählt einen Delegierten, und diese wählen ihrerseits, für die Dauer von zwei Jahren, die fünf Mitglieder des Rats. Und nicht selten klagen die Bewohner dieser Enklaven darüber, dass sie noch Steuern an einen Staat oder ein County entrichten müssen, deren Probleme – und Ausgaben – sie nichts mehr angehen.

Einige private Kommunen haben den Kontakt zu den öffentlichen Behörden völlig abgebrochen und sich für unabhängig erklärt. Das gilt etwa für Canyon Lake, das in der Nähe von Palm Springs in Südkalifornien liegt. Mit seinen 13 000 Einwohnern ist Canyon Lake eine der grössten Privatstädte des Landes. Nur die Bewohner und ihre Gäste haben hier Zugang zu den Strassen, zum Park und zum See.

Ein Rechtsstreit spaltet die Einwohner der reichen Gemeinde Laguna Nigel an der kalifornischen Küste in zwei Lager. 250 Besitzer von Hügelgrundstücken wollen ihr Viertel einzäunen und Streifenposten einstellen. Sie weisen darauf hin, dass der Wert ihrer Häuser (zwischen 350 000 und 555 000 Dollar) mit der Einrichtung dieses Schutzsystems merklich steigen würde. So argumentiert jedenfalls Gary Moorhead, Anwalt und Mitglied ihrer Interessenvereinigung: «Auf dem Immobilienmarkt müssen sie mit geschützten Vierteln konkurrieren, die ganz in der Nähe liegen; die Preise dort sind sehr viel höher, und das liegt vor allem an den Zäunen.»

*Robert Lopez ist Journalist bei der Los Angeles Times. Der hier gekürzte Text erschien erstmals in deutscher Fassung in der deutschen Ausgabe des «Le Monde Diplomatique», einer monatlichen Beilage der Schweizer «WochenZeitung».



Friede den Palästen

Text: Bartholomäus Grill*

Fotos: Henner Frankenfeld

Willkommen! Treten Sie ein! Werden Sie Teil einer Gemeinschaft von Menschen, die wie Sie das Landleben in einer sicheren, natürlichen Umwelt vorziehen, die mit dem Ruf des Kiebitzes einschlummern und mit dem leisen Gemurmel des Jukskeiflusses aufwachen wollen.»

Das Arkadien, angepriesen auf Hochglanzbögen, heißt Dainfern. Es liegt im Nordosten Johannesburgs, 25 Kilometer entfernt vom grauen, unwirtlichen Zentrum der Metropole Südafrikas: 300 Hektaren gross, von 60 Wächtern und 56 Kameras rund um die Uhr observiert, umfriedet von einem 7,5 Kilometer langen Zingel aus Stahlpalisaden und Mauern, auf deren Kronen acht Stromleitungen knistern. Ein Schutzwall auf freier Flur, anheimelnd wie die deutsch-deutsche Zonengrenze. Er trennt Afrika und Europa.

Diesseits der Mauer dürner Busch, grasende Höckerrinder. Jenseits eine sanfte Talmulde, Silberweiden, Eichen, Blumenrabatten. Sardinische Villen, Landhäuser im Tudorstil, Fachwerk, Pastelltöne. Sherwood, Hampstead, Highgate, Viertel mit englischen Namen. Die Strassen und Trottoirs picobello. Ein Städtchen, so adrett, wohlgeordnet und keimfrei wie auf der Modelleisenbahn.

«Ist das nicht wie in Disneyland?», schwärmt B. «Hier fühlen wir uns sicher. Stellen Sie sich vor, unsere Kinder können sogar im Dunkeln mit dem Fahrrad ihre Freunde besuchen. Nachts müssen

wir nicht mal die Haustür zusperren.» Infrastruktur, soziales Klima, Lebensqualität, «alles erstklassig.» Und exklusiv: Die Aufnahmegerühr für das College beträgt 43 000 Rand, knapp 14 000 Mark.

**«Ist das nicht wie in Disneyland?», schwärmt B.
«Hier fühlen wir uns sicher.»**

«Es ist wie eine Therapie hier», sagt B. «Unsere Angst geht langsam weg.»

«Dainfern ist irgendwie unreal, künstlich», sagt Wayne B. «Wir spüren das immer, wenn wir hinausfahren.» Hinaus in die Welt jenseits der Mauern, wo die Höckerrinder grasen, wo dicke schwarze Frauen Bündel auf dem Kopf balancieren und an den Strassenkreuzungen zwielichtige Gestalten herumlungern. Da muss man durch, um in die nächste Sicherheitszone zu gelangen, in die fünf Kilometer entfernte ShoppingMall.

«Gleich hinter Dainfern liegt eine Schwarzensiedlung, Sie wissen schon. Dort wachsen die Kriminellen nach. Die kreisen um unseren Honigtopf, wie meine Frau immer sagt.» Der erste Raubüberfall vor zwei Jahren löste in Dainfern einen kollektiven Schock aus. «Eigent-





lich brauchen wir hier ein mobiles Einsatzkommando», sagt B. und fügt lachend hinzu: «Und vielleicht noch Selbstschussanlagen und Minengürtel.» Es ist ein gezwungenes, makabres Lachen. Denn B., der viel über Sicherheit nachdenkt, weiß natürlich, dass die beste Wehrtechnik nichts gegen den inneren Feind nützt, gegen die unzufriedene Maid oder den undankbaren Gärtner. «Die stecken oft mit den Gangstern unter einer Decke. Im Grunde ist jede schwarze Arbeitskraft ein Risikofaktor.» Die Angst ist in einem anderen Gewande zurückgekehrt. Aber B. würde das nie zugeben. Die Angst vor dem anonymen Eindringling ist eine psychologische Grundfigur der Zitadellengesellschaft. Die Künstlerin Lisa Brice hat sie visualisiert: die bügelnde Hausfrau, dahinter, mit gezücktem Messer, der verummigte Angreifer. Ihr Werk ist in der Johannesburg Arts Gallery zu sehen, aber niemand schaut es an. Der Besuch des Museums ist zu gefährlich geworden. Es liegt wie ein verwaistes Eiland im verwahrlosten Joubert Park. Die Wahrscheinlichkeit, hier am helllichten Tag überfallen zu werden, ist so hoch wie nirgendwo sonst in der Stadt.

«Gleich hinter Dainfern liegt eine Schwarzensiedlung, Sie wissen schon. Dort wachsen die Kriminellen nach. Die kreisen um unseren Honigtopf, wie meine Frau immer sagt.»

Aber einem normalen weißen Bürger würde es ohnehin nicht einfallen, nach «downtown» zu fahren, in dieses schmutzige, morbide Betonherz von Johannesburg, wo kein Gesetz, keine Regel mehr gilt. Man verbringt seine Freizeit in den Nebenzentren und Suburbs an der Peripherie. Zum Beispiel in der Mauerstadt Sandton City. Gesperrte Strassenzüge, bewachte Wohncluster, Stahlgitter, Büros hinter Stacheldraht.

Die Architekten verbrämen die Gebäude gerne mit klassizistischen oder altenglischen Fassaden, um ihnen die Anmutung von Gefängnissen zu nehmen.

Das wohlhabende Südafrika lebt im Ausnahmezustand. Infrarotsensoren, Kampfhunde, Kameras, bewaffnete Sicherheitsdienste und der Revolver auf dem Nachtkästchen gehören zum Wehrarsenal. Hausfrauen führen Karteien mit Fingerabdrücken, um Handwerker und Hausangestellte im Ernstfall zu überführen. Ein verrückter Tüftler hat zur Abwehr von Autoentführern ein Fahrzeug mit Flammenwerfer gebaut.

Die höchste Mordrate, die meisten Vergewaltigungen, ein Spitzensplatz bei Raubüberfällen – statistisch gesehen zählt Johannesburg zu den kriminellsten Orten der Welt. «It's jungle out there», sagt ein Hausbesitzer. Ein Dschungel da draussen, bewohnt von Bestien. Viele Weisse reagieren so hysterisch wie er. Dass die Mehr-



zahl der Opfer schwarz ist und in den Townships lebt, nehmen sie nicht zur Kenntnis. Das Zitadellenbewusstsein kreist in der Wahnvorstellung einer immer währenden, allgegenwärtigen Gefahr. Allein im östlichen Verwaltungsbezirk von Johannesburg wurden in ungefähr zweihundert Vierteln sämtliche Zufahrten durch Schranken und Stahlzäune gesetzeswidrig abgeriegelt. Innerhalb der Sperrzonen gehen Bürgerpatrouillen auf Streife. Im Januar wurde die Verbarrikadierung ganzer Stadtteile legalisiert. Die wachsende Kriminalität sei oft nur ein Vorwand für den Rückzug ins selbst gewählte Getto, sagen Soziologen. In Wahrheit gehe es darum, eine Grenze zwischen sich und der Dritten Welt zu ziehen. Man hat Angst vor Anarchie, Gewalt, Verfall. Am Kap gibt es dafür ein Wort: Afrikanisierung.

Die feinen Bürger von Sandton, der Schwestergemeinde von Alexandra, weigern sich beharrlich, höhere Steuern und Abgaben zu zahlen, mit denen die Slums saniert werden sollen. Denn dort fehlt es nach vierzig Jahren Apartheid an allem, was zu einer menschenwürdigen Infrastruktur gehört: Stromnetz, Wasseranschlüsse, Kanalisation, Ambulanzen. Die Begründung, warum die Mehrzahl der Privilegierten nicht teilen will, kann man im Anzeigebandt «Sandton Chronicle» studieren. Korruption in der Stadtverwaltung, Gehälter der Ratsherren explodieren, Raffgierige Politiker, Bestechlichkeit, Schlamgerei. Zwischen den Zeilen die Frage: Warum eigentlich noch Steuern zahlen?

George Hazeldon denkt noch radikaler. Der Spekulant plant in der Kap-Provinz ein voll integriertes Stadtfort mit Malls, Kliniken,

Krematorium, Polizeitruppe und Leichtindustrie. Niemand mehr soll die Wehrsiedlung verlassen müssen. Hazeldon will sie Heritage Park nennen, Heimatpark. Darin werde «eine Gemeinde ohne Sorgen leben. Aber verstehen Sie mich nicht falsch. Dies ist nicht Stalag 15.» Das Vorbild sei vielmehr Mont-Saint-Michel – die mittelalterliche Klosterzitadelle in der Bretagne.

«Diese Gemeinde würde sich vom Rest der Gesellschaft vollkommen isolieren», sagt der Stadtrat Heinrich Magermann. «Im neuen Südafrika wollen wir eine solche Segregation nicht mehr. Aber leider, diese Leute zeigen keine Loyalität.»

Diese Leute, die mit dem Ruf des Kiebitzes einschlummern und vom Murmeln eines Baches geweckt werden. Die von «us» und «they» sprechen, von «uns», den Zivilisierten, und «ihnen», den Barbaren. Aber wenn sie ihre Zitadellen verlassen, ahnen sie, dass irgend etwas nicht stimmt. Und nachts mag sie manchmal jenes Unbehagen beschleichen, das der Industrielle Anton Rupert einmal so formuliert hat: «Wenn dein Nachbar hungert, kannst du nicht ruhig schlafen.» [extra]

*Bartholomäus Grill ist Korrespondent der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» in Johannesburg. Der hier gekürzte Text erschien in der «Zeit» und der «Weltwoche».

Genossenschaftsdemokratie

Zwischen Selbstbestimmung und Führungsverantwortung

Wie demokratisch funktionieren kleine und grosse Genossenschaften? Fehlt es an Möglichkeiten der Mitsprache oder an Interesse seitens der Mitglieder? Auf welcher Ebene können überhaupt demokratische Entscheide fallen – und wann widersprechen sie den Interessen der gesamten Genossenschaft? Ein Gespräch am rechteckigen Tisch zur Quadratur des Kreises.

Personen

Karl Iversen Lapp war Mieter der ASIG sowie der ABZ und wohnt heute bei der Genossenschaft Südost (alle Zürich).

Gregor Matter ist seit drei Jahren im Vorstand der Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen GESEWO in Winterthur. Er ist für die Finanzen zuständig und lebt seit 1993 in der selbstverwalteten Siedlung Sagi Hegi mit 50 Wohnungen.

Hansjörg Plüss ist seit 15 Jahren Präsident der Genossenschaft Längacker Spreitenbach mit 96 Wohnungen. Seine Immobilientreuhand-Firma verwaltet auch die Liegenschaften der Genossenschaft.

Alfons Sonderegger ist seit drei Jahren Präsident der Familienheim-Genossenschaft Zürich.

eXtra: Wie sind die demokratischen Instrumente in Ihren Genossenschaften ausgestaltet, und wie werden sie benutzt?

Plüss: Wir sind ein fünfköpfiger Vorstand, Generalversammlung, eine, höchstens zwei Mieterversammlungen pro Jahr. Alle drei bis vier Jahre machen wir einen schüchternen Versuch zu einem Mieterfest, dann schauen die Mieter von 70 Balkonen aus zu, wie die wenigen Festwilligen sich unten im Hof freuen. Wenn neue Mieter einziehen, laden wir sie ein, der Genossenschaft beizutreten. Sie müssten dazu nur 100 Franken Anteilschein-Kapital zeichnen. Der Erfolg ist fast Null. Die Generalversammlung wird jeweils von der Hälfte der Mitglieder besucht.

Matter: Eines der zentralen Anliegen der GESEWO ist, dass wir selbst verwaltet wohnen wollen. Wir müssen also unterscheiden zwischen der Genossenschaft einerseits und der Hausgemeinschaft andererseits. Die Hausgemeinschaft funktioniert sehr demokratisch, sie trifft sich monatlich zu einer Versammlung. Die Genossenschaft hat einen fünfköpfigen Vorstand. Es gibt eine ordentliche GV, an der

knapp die Hälfte der Mitglieder teilnehmen. Ab und zu gibts eine ausserordentliche GV. Bei allem Aufwand und Ärger würde ich sagen, wir haben ein erfolgreiches Demokratie-Leben.

Die MieterInnen müssen Mitglied werden und Anteilscheine im Wert von 2000 Franken pro Person zeichnen. Dazu kommen zehn Prozent des Liegenschaftswertes als Pflichtdarlehen, meist 30 000 bis 40 000 Franken für eine Familienwohnung.

Sonderegger: Wir sind eine grosse Genossenschaft mit 2100 Wohnungen und zirka 3500 Mitgliedern. An eine durchschnittliche GV kommen 300 bis 400 Personen. Wenn es sehr kontrovers wird, sind auch mal 1200 Leute.

Unser Vorstand ist zwölfköpfig, es gibt verschiedene ständige Kommissionen, darunter eine Freizeitkommission, die Reisen oder Feste organisiert und neuerdings eine Sozialkommission, die unseren Sozialarbeiter und die Altersbetreuung begleitet.



Hansjörg Plüss

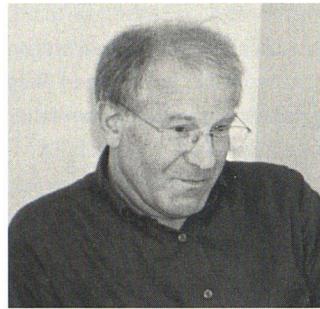
Jede Bauetappe hat Vertrauensleute, die sich alle ein bis zwei Mal jährlich versammeln. Im Moment überlegen wir uns, ob dieses Instrument noch zweckmäßig ist. MieterInnenversammlungen sind üblich, wenn etwas

geschieht. Bei Sanierungen werden zwei MieterInnen in die Baukommission delegiert. Gerade jetzt versuchen wir, in einer neuen Siedlung mit 96 Wohnungen einen Siedlungsrat einzuführen, der ein Stück weit das Leben in der Siedlung mitbestimmt.

Wir haben auch eine Genossenschaftszeitung und einen eigenen Fernsehkanal. Letztes Jahr gabs überdies eine Zukunftswerkstatt der MieterInnen, die sehr selbstständig funktioniert hat.

Herr Lapp, was würde Sie als Mieter bewegen, an einer Generalversammlung teilzunehmen oder sich in anderer Form zu beteiligen?

Lapp: Wenn an einer GV die normalen Traktanden kommen, ist das relativ uninteressant – solange nicht etwas schief läuft. Meine These ist, dass man sich als Mieter bei einer grossen Genossenschaften eben nicht als Genossenschafter fühlt, sondern sich dem Haus und vielleicht noch der Siedlung verbunden fühlt.



Alfons Sonderegger

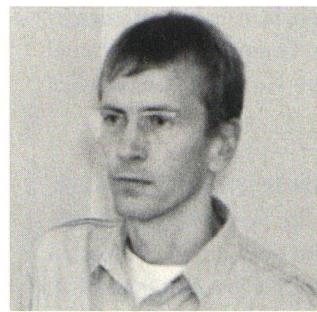
Bei kleineren Genossenschaften müsste die Identifikation demnach funktionieren. Wieso läufts bei Ihnen nicht, Herr Plüss?

Bei uns ist der Gründergedanke nicht mehr da. Der Selbsthilfegedanke stand ja damals in den 60er Jahren im Vordergrund. Aber wir haben eine sehr hohe Fluktuation von fast 40 Prozent und 44 Prozent Ausländer, von denen die Hälfte schlecht integriert sind. Der Ausländeranteil steigt seit Ende der 80er Jahre. Bis dahin hatten sich die MieterInnen noch eher beteiligt. Wir versuchten, Gegensteuer zu geben, zum Beispiel mit einer Aktion «Mieter suchen Mieter». Aber wir stiessen auf Abwehr: Das ist doch die Aufgabe der Verwaltung. Vom Genossenschaftsgedanken der Selbsthilfe sind wir schon weit, weit weg. Dem Gerede von «Demokratie» steht gegenüber, dass eine Genossenschaft ein wirtschaftliches Unternehmen ist, dessen Führung Verantwortung trägt.

Wo liegt die Kompetenz für die Wohnungsvermietung bei der GESEWO?

Matter: Bei der Arbeitsgruppe Vermietung, die aus BewohnerInnen besteht. Sie entscheidet, die Genossenschaft ist aber Vertragspartnerin des Mieters.

Sonderegger: Das führt aber dazu, dass pflegeleichte Leute einquartiert werden. Die Genossenschaft hat jedoch auch soziale Ziele und will vielleicht eine schwierige Person in ein gutes, tragfähiges Haus umsiedeln, wo diese nicht auf Anhieb willkommen ist.



Karl Iversen Lapp

stand einen Spielplatz macht, ist das zwar schön und gut, wurde aber am völlig falschen Ort entschieden. Das müssen doch die Eltern der Kleinkinder machen, die dort wohnen!

Plüss: Ich kann Herrn Matter für die nächsten 15 Jahre desillusionieren. Ihre Siedlung wird einmal zu einem grossen Altersheim werden. Dann werden Sie dieselben Argumente gegen den Spielplatz hören wie wir: Vom Lärm über Mittag, von den unfähigen Müttern heute, und so weiter.

Lapp: Als Vater einer kleinen Tochter bin ich natürlich für einen neuen Spielplatz. Aber wenn alle anderen im Haus



Gregor Matter

dagegen sind, muss ich mich halt fügen. Der Spielplatz ist für mich auch ein gutes Beispiel für etwas anderes: Wenn man nur vorberaten, aber nicht entscheiden kann, geht viel Energie verloren.

Matter: Demokratie heisst Interessenabwägung, und dafür haben wir einen Vors-

stand. Im Normalfall interessieren sich die Mieter über-

haupt nicht für die Belange der Genossenschaft.

Lapp: Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gehören für mich zur Demokratie. In der heutigen Wirtschaftswelt erleben wir sehr wenig davon, und in diesem Sinn wäre es

doch ein grosses Potenzial, diesen Vorteil nach aussen zu kommunizieren.

Sonderegger: Wenn der Mieter das Gefühl hat, dass er irgendwo im Ganzen noch mitwirken kann, ist das ein Standort-Vorteil. Damit kann man werben.

Matter: Unsere Qualität ist das Siedlungsleben. Wir können unsere Wohnungen nur deshalb vermieten, eigentlich wären sie zu teuer. Wir hätten brutale Leerstände, wenn wir nicht diese hohe Lebensqualität mit einem selbstbestimmten Wohnen hätten. Wir brauchen also eine basisdemokratische Kultur, die solches ermöglicht. Die Umgebungsgegestaltung einer Siedlung muss dem Genossenschaftsvorstand egal sein. Die machen doch nichts kaputt in ihrer eigenen Umgebung!

Sonderegger: Und ob! Wären solche Fragen bei uns alle nach unten delegiert, hätten wir im Friesenberg Dutzende von Parkplätzen mehr, und ohne die Gartenkommission sicher keine naturnahen Aussenräume. Basis ist manchmal gut, aber gerade im automobilen Verhalten finde ich unsere Basis zum Teil sehr problematisch.

Lapp: Aber wenn die Mehrheit so votiert, spielt doch die Demokratie.

Sonderegger: Wenn eine einzelne Siedlung meint, sie müsse den ökologischen Vorgaben in unserem – demokratisch abgesegneten – Leitbild zuwider handeln, dann finde ich es legitim, wenn der Vorstand diese Anliegen dann an einer GV bekämpft. Da nehme ich auch in Kauf, diese Leute zu frustrieren.

Lapp: An einer GV werden oft Beschlüsse verkündet, die anderswo gefasst wurden. Wenn sich eine Arbeitsgruppe und nachher der Vorstand mit einem Geschäft über Monate befasst haben, mache ich mich an der GV unbeliebt, wenn ich aufstehe und finde, das ist missraten. Dann ist die Kritik nur destruktiv. Deshalb frage ich mich, ob bei solchen Geschäften an der GV überhaupt echt demokratische Entscheide möglich sind.

Im gleichen Zusammenhang sehe ich auch die Wahlen. Es gibt keine geheime Wahl. Das halte ich für absolut undemokatisch. Wenn wir das als Staatsbürger auch hätten, würden uns allen die Haare zu Berge stehen. Einer der Kerngedanken der ursprünglichen Genossenschaftsbewegung, nämlich die direkte Demokratie, ist bei dieser Grösse gar nicht mehr möglich.

Plüss: Da staune ich schon ein bisschen. Sie trauern einem direktdemokratischen Ideal nach und verlangen gleichzeitig eine administrierte Demokratie mit geheimen

Wahlen. Zum Urwesen der Schweizer Demokratie gehört doch das offene Handmehr!

Sonderegger: Wir hatten bei ganz strittigen Fragen auch schon geheime Abstimmungen. Viele dieser Fragen rund um Demokratie verlangen nach einer Güterabwägung: Wir haben schon Vorschläge für Vorstandsmitglieder erhalten, die ich für fatal hielt. Schliesslich sind wir ein Millionenunternehmen, da ist es zu heikel, Leute einfach unbesehen ihrer Qualitäten zu wählen. Wir suchen also, schlagen Leute vor – und damit ist ein Stück Demokratie schon vergeben.

Lapp: Deshalb sind die Vorstände sozial und ideologisch viel homogener als die BewohnerInnen.

Matter: Mit der Selbstkonstitution bewegt sich der Vorstand weg von der Basis. Manchmal braucht auch ganz unangenehme neue Mitglieder. Sonst wird der Vorstand von der Basis irgendwann nicht mehr als «unser» Vorstand verstanden.

Herr Lapp hat beschrieben, wieviel Mut es braucht, an einer GV gegen eine wohlvorbereitete Vorlage in Opposition zu gehen. Wie willkommen ist derartige Opposition bei der Führung, Herr Plüss?

Plüss: An der Generalversammlung sind es immer dieselben Personen, die sich zu Wort melden. Dann steigt jeweils mein Adrenalinpegel, und ich muss mich sehr beherrschen. Sonst aber muss man sich schon im Vorfeld eines Entscheides umhören und mit der Opposition das Gespräch suchen.

Sonderegger: Wenn die Leute an eine GV kommen wegen eines wichtigen Geschäftes, müssen sie auch einen Weg gemacht haben, ein Meinungsbildungsprozess muss vorher stattgefunden haben.

Matter: Der Vorstand muss spüren, ob ein Geschäft von der Basis her entwickelt werden muss oder ob es der Vorstand selber machen kann. Bei gewissen Themen müssen solche Basisprozesse laufen, obschon sie oft zäh und langfädig sind. [eXtra]

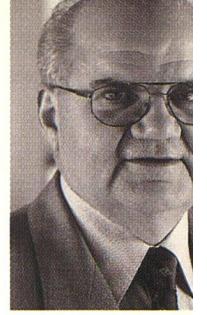
Moderation: Mike Weibel



Genossenschaftsdemokratie



Wer sind die besseren SchweizerInnen?



Wer Wohneigentum hat, fühlt sich der Scholle verbunden und trägt dem Land Sorge. Wer mietet, zahlt ehrlicher Steuern. So lauten zwei Klischees. Liegt das Optimum in der Mitte, beim genossenschaftlichen Eigentum? Sind Wohnbaugenossenschaften vielleicht Schulen der Demokratie, wo Beteiligung und Verantwortung fürs Gemeinsame gelernt und gelebt werden? Sicher ist: Hauseigentümer wie auch MieterInnen haben gute Argumente.

Von Nationalrätin Anita Thanei, Vizepräsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes Deutschschweiz

Dichtung und Wahrheit

Selbstverständlich sind HauseigentümerInnen die besseren StaatsbürgerInnen! Sie bezahlen mehr Steuern als MieterInnen, beteiligen sich aktiver am Staatsleben, nehmen ihre Bürgerpflichten ernster und sind schollenverbundener. Eine ganze Reihe von Vorurteilen und Halbwahrheiten? Schaut man diese oberflächlichen Aussagen näher an, entpuppen sie sich einerseits als falsch und andererseits wird klar, dass das Bild von einem «guten Staatsbürger» nicht über jeden Zweifel erhaben ist und einer Korrektur bedarf.

Es wird sich dabei zeigen, dass HauseigentümerInnen nicht die besseren BürgerInnen sind, sondern einfach die privilegierteren! Weshalb?

Abstimmungen und Wahlen

Allgemein ist bekannt, dass die Wahl- und Stimmbeteiligung in unserem Land relativ niedrig ist.

Zudem sind nur rund 64% der Wohnbevölkerung überhaupt stimmberechtigt. Jugendliche unter 18 Jahren gehören ebenso wenig dazu wie AusländerInnen. Es liegt auf der Hand, dass diese beiden Bevölkerungsgruppen grossmehrheitlich aus MieterInnen bestehen. Kommt dazu, dass die HauseigentümerInnen in ihrem politischen Denken eher zu den BewahrerInnen zu zählen sind. Sie sind EigentümerInnen von Grund und Boden und haben mehr zu verlieren als MieterInnen, auch wenn die Gefahr in der Schweiz nicht besteht, dass der Souverän am Recht auf Eigentum an Grund und Boden rütteln könnte.

Die Möglichkeit und Bereitschaft, wählen und abstimmen zu gehen, ist demzufolge auf Mieterseite gewiss geringer. Deswegen sind die MieterInnen jedoch nicht die schlechteren StaatsbürgerInnen.

Die leidigen Steuern

Ein guter Staatsbürger ist auch der ehrliche und pünktliche Steuerzahler. HauseigentümerInnen haben im Allgemeinen mehr Vermögen und einen höheren Verdienst als

Von Ständerat Toni Dettling, Präsident des Hauseigentümerverbandes Schweiz

Keine Polemik

Die Frage ist so falsch gestellt! Es geht nicht darum, Wohneigentümer und Nichteigentümer hinsichtlich ihrer Haltung zu Staat und Demokratie gegeneinander auszuspielen. Ich möchte daher nicht in die vielfach übliche Polemik einstimmen, welche sich zuweilen an dieser provokativen Titelfrage entzündet. Dies umso weniger, als es meines Wissens keine fundierten Untersuchungen zu dieser Frage gibt. Vielmehr geht es mir darum, einige Vorzüge des Eigentümerstatus hervorzuheben.

Drei Viertel möchten ein Eigenheim

Eine vor wenigen Jahren durchgeföhrte Rekrutbefragung hat ergeben, dass nicht weniger als drei Viertel der jungen Menschen das Wohnen in den eigenen vier Wänden als eine erstrangige Zielsetzung ihres späteren Lebens betrachten. Hinter diesem Wunsch nach einem Eigenheim steht in erster Linie der Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit. Denn das private Eigentum ist eine zentrale Voraussetzung für das Leben des Menschen in Freiheit, ja es bildet die unerlässliche Vorbedingung zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Vor allem das private Eigentum an Haus, Wohnung und Boden schafft eine staatsfreie Sphäre, in welcher der Einzelne und namentlich auch die Familie das Zusammenleben weitgehend ohne äussere Einmischung frei gestalten können. Privates Wohneigentum bildet einen wirksamen Damm gegen zunehmende Staatseingriffe.

Privateigentum als Motor der Wirtschaft

Ohne Privateigentum läuft die Wirtschaft nicht. Es gehört zum menschlichen Wesen, dass sein Einsatz dann am grössten ist, wenn er die Früchte seiner Anstrengungen als sein Eigen nennen kann. Daraus resultiert das wirtschaftliche Fortkommen des Einzelnen, in der Summe aber auch die wirtschaftliche Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Breit gestreutes Eigentum ist der Garant für wirtschaftlichen Fortschritt wie auch für wirtschaftliche Stabilität

MieterInnen. Sind sie deshalb bessere StaatsbürgerInnen? Das ist doch wohl etwas zu wenig weit gedacht. Angestellte, ArbeiterInnen, generell LohnempfängerInnen sind unter den MieterInnen häufiger vertreten als unter den HauseigentümerInnen. Als LohnempfängerInnen sind sie sich gewohnt, jeden Rappen, den sie sauer verdient haben, zu versteuern. Unsere ungerechte, wenig soziale Steuergesetzgebung lässt ihnen wenig Möglichkeiten offen, etwas am Fiskus vorbeizubugsieren. Ganz anders sieht es bei den HauseigentümerInnen aus. Ihnen bietet das Gesetz viele legale Schlupflöcher, um ihre steuerliche Belastung zu reduzieren. Sie müssen wohl einen zu tiefen Eigenmietwert versteuern, können dagegen sämtliche Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten abziehen. Bei mehr als der Hälfte resultiert dabei ein Negativsaldo. Spielt ein Hauseigentümer also virtuos auf dem Klavier unseres ungerechten Steuersystems, wird er schliesslich weniger Steuern bezahlen als eine gleichviel verdienende Mieterin. Auch wenn das Steueraufkommen im Einzelfall geringer sein mag, sind die MieterInnen somit die besseren SteuerzahlerInnen und folgerichtig die besseren StaatsbürgerInnen!

Wenig Engagement beim Wohnen

«My home is my castle». Danach leben die HauseigentümerInnen. Sie bauen um, renovieren, pflegen und hegen ihre Gärten, kaufen sich einen bissigen Hund, eine niedliche Katze und einen Goldfisch für den Teich im Garten; sie müssen niemanden fragen. Sie dürfen neben ihrem Häuschen am Fahnenmast die Schweizer Fahne fröhlich im Wind flattern lassen, um allen zu zeigen: Hier wohnt ein guter Schweizer. Will die Mieterin ihrerseits ihre staatsbürgerliche Gesinnung demonstrieren, indem sie ihre Wände mit Schweizerkreuzen bemalt, ist ihr ein Krach mit dem Vermieter gewiss. Bepflanzt sie ihren Balkon mit allzu viel Grünem und Buntem, schreitet der Vermieter auch ein. Ob sie ein treues Haustier halten darf, soll sie gefälligst zuerst den Vermieter fragen. Sind nun deshalb Eigenheimbesitzer, welche sich mit Hingabe der Pflege ihres Umfeldes widmen, die besseren Staatsbürger? Wohl kaum!

Vision einer gerechteren Welt

Unser Staatswesen privilegiert die EigentümerInnen. Die MieterInnen werden stiefmütterlich behandelt.

In Tat und Wahrheit ist jedoch der durchschnittliche Mieter keineswegs der schlechtere Staatsbürger, erst recht nicht, wenn es ihm in den Sinn kommen sollte, nach Veränderungen und Verbesserungen seiner Situation zu verlangen. Nämlich: Stimmrecht für AusländerInnen, Mitbestimmungsrecht für MieterInnen bei der Gestaltung der Wohnung, verbesserter Kündigungs- und Preisschutz und steuerliche Gleichbehandlung von MieterInnen und HauseigentümerInnen.

für alle. Privates Grundeigentum vermittelt aber auch Sicherheit und finanzielle Unabhängigkeit und deckt ein wichtiges Vorsorgebedürfnis ab. Gerade das Wohnen in den eigenen vier Wänden bietet einen idealen Schutz gegenüber den Wechselfällen des Lebens. Wohneigentum bedeutet finanzielle Reserve, Vorsorge für das Alter und überdies einen bleibenden Wert für die kommende Generation.

Fundament von Staat und Demokratie

Die Erfahrung lehrt, dass es nur dort, wo das Privateigentum respektiert und gefördert wird, freiheitliche Staats- und Gesellschaftsformen gibt. Denn mit der Abschaffung des Privateigentums geht die Freiheit des Menschen verloren. Durch wachsende Eigentumskonzentration beim Staat wird dieser immer mächtiger und der Einzelne immer ohnmächtiger. Die gescheiterte kollektivistische Ideologie hat diesen Lehrsatz auf drastische Weise vorgeführt.

Privates Eigentum verstärkt aber unzweifelhaft auch die Bindung des Einzelnen an sein Land und an seinen Wohnort und fördert die aktive Teilnahme am politischen Leben. Denn wer nichts besitzt, kann auch nichts verlieren. Dies gilt ganz besonders auch für den Wohneigentümer, welcher standortgebunden ist und damit zwangsläufig ein hohes Interesse am politischen Geschehen hat. Nicht zuletzt auch in Würdigung dieser Aspekte hat der ehemalige sozialdemokratische Bau- und Wohnminister Müntefering am Bundestag des deutschen Haus- und Grundeigentümerverbandes 1999 in Dresden einer breiten Streuung des Wohneigentums mit allem Nachdruck das Wort geredet.

Förderung des Privateigentums als staatliche Aufgabe

Demokratische Staaten haben daher ein legitimes Interesse, das Privateigentum und namentlich das private Wohneigentum zu schützen und zu fördern. Denn gerade der Wohneigentümer ist besonders eng mit dem Staat und seinen demokratischen Einrichtungen verbunden. Schutz und Förderung sind aber eng verbunden mit einer hohen Eigenverantwortung des Wohneigentümers. [eXtra]

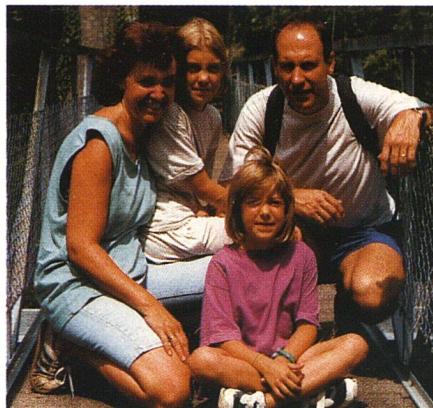
Zusammen wohnen – gemeinsam entscheiden

**Sie
ER**

möchte in einer Genossenschaftswohnung leben,

bevorzugt ein traditionelles Mietshaus.

Zieht ein Paar zusammen, muss es sich in vielen Punkten finden: Wohnort, Art und Raumaufteilung der Wohnung, Einrichtung. Wie einigen sich Frau und Mann? Wer setzt sich in welchem Bereich durch?



Yvonne Züger

wohnt mit Mann und zwei Kindern (11- und 14½-jährig) in einem 4-Zi-Einfamilienhaus der Familienheim-Genossenschaft Zürich

Sie: 40 % berufstätig

Er: 100 % berufstätig

Text: Dagmar Anderes

Den Entschluss, in eine Genossenschaft zu ziehen, haben wir gemeinsam getroffen», sagt Yvonne Züger. Das Angebot war aber auch verlockend: Ein 4-Zimmer-Einfamilienhaus nahe der Stadt und doch im Grünen. Außerdem schätzt Yvonne Züger die sozialen Kontakte, die genossenschaftliches Wohnen mit sich bringt. Das umfangreiche Freizeit- und Kursangebot für Kinder und Erwachsene sagen ihr ebenfalls zu. Bei Familie Hottinger gab vor allem die preiswerte Miete der grossen Wohnung den Ausschlag, in eine Genossenschaft zu ziehen. Den Entscheid trafen sie gemeinsam. Dagegen musste Marilena Bonan ihren Mann etwas bearbeiten: Zwar sagte ihm die Wohnung zu, doch Genossenschaften gegenüber hegte er zwiespältige Gefühle.

Initiative geht von der Frau aus

Ulrike Schneider hat herausgefunden, dass Frauen generell eher motiviert zu gemeinschaftlichem Wohnen sind als Männer. Bei ihrer Aussage stützt sich Schneider auf eine 1987 durchgeführte Untersuchung: Schneider führte 50 qualitative Interviews mit BewohnerInnen von Wohnprojekten* in Deutschland, der Schweiz und Österreich durch. Die TeilnehmerInnen wurden nach drei Kriterien ausgesucht: Sie sollten in Partnerschaft leben, berufstätig sein und Kinder zu versorgen haben. Außerdem mussten sich die Paare bewusst für eine gemeinschaftliche Wohnform

entschieden haben. In 20 der 50 untersuchten Fälle ging die Initiative für gemeinschaftliches Wohnen von der Frau aus. Dabei musste der Mann häufig zu dieser Wohnform überredet werden. Bei 19 Haushalten waren Frau und Mann gleichermaßen interessiert, nur in vier Fällen musste sich der Mann gegen die Vorbehalte der Frau durchsetzen.

Der Grund für das grössere Interesse der Frauen an gemeinschaftlichen Wohnformen führt Schneider auf die spezifisch weibliche Problematik zurück, Beruf, Kinder und Haushalt unter einen Hut zu bringen. Der «Prototyp» einer Wohnprojekt-Bewohnerin sei zwischen 30 und 35jährig, lebe in einer Partnerschaft, gehöre zu den sogenannten «späten Müttern» und sei berufstätig, stellt Schneider fest. Den meisten interviewten Bewohnerinnen verbleibt neben ihrem Beruf der Hauptteil der traditionellen Hausarbeit sowie die Kindererziehung. Sie sind also mehrfach belastet und erhoffen sich von einer gemeinschaftlichen Wohnform unter anderem Arbeitserleichterung. Diese findet vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung und Kochen statt. Ein weiterer Grund ist – wie auch von Yvonne Züger genannt – der Wunsch nach sozialen Kontakten.

Die ruhige Ecke dem Mann

Frauen wie Männer wünschen sich ein eigenes Zimmer als Arbeitsraum innerhalb der Wohnung. Längst nicht immer lässt sich das aber realisieren. Gerade für grössere



Marilena Bonan
wohnt mit Mann und zwei Kindern
(6½-jährig, 6 Monate) in einer
4½-Zimmer-Wohnung der
Genossenschaft Linth-Escher
Er: 100% berufstätig
Sie: 30% berufstätig

bevorzugt ein traditionelles Mietshaus.

möchte in einer Genossenschaftswohnung leben,

SIE
ER

Familien ist der Spielraum meist eng. So wird versucht, den Arbeitsbereich, den heute viele auch für berufliche Zwecke brauchen, irgendwie sonst optimal in der Wohnung unterzubringen. «Wir haben im Schlafzimmer eine Büroecke eingerichtet», sagt Raoul Hottinger. Dieser Raum sei etwas abgelegen, also ruhig, und werde tagsüber kaum genutzt. Das Büro braucht Raoul Hottinger unter anderem für seine berufliche Tätigkeit, aber auch seine Partnerin nimmt den Platz in Anspruch. Zügers indes hatten die Möglichkeit, Keller und Dachstock des Hauses auszubauen. «Im Keller habe ich seither ein eigenes Büro für diverse Arbeiten auch im Haushalt», sagt Yvonne Züger. Ihr Mann kann ebenfalls den Computer benutzen, doch im Prinzip sei es «ihr» Reich. Komfortabler präsentierte sich die Lage bei Bonans: Sie zogen zu dritt in eine 4½-Zimmer-Wohnung. Das kleinste Zimmer sollte als Büro dienen. Marilena Bonan setzt indes keinen Fuss in diesen Raum. «Dort drin ist es mir einfach zu chaotisch». Ihr Mann habe sich darin ausgebreitet, neben dem Computer seine Möbel und Bücher untergebracht. Nach der Geburt eines zweiten Kindes steht die künftige Nutzung des Zimmers jetzt ohnehin wieder offen. «Ich leide darunter, keine Ecke für mich zu haben», sagt Marilena Bonan. Ihre Unterrichtslektionen müsse sie im Schlaf- oder Wohnzimmer vorbereiten, überall liege Material herum.

Die Bilanz bei den von *wohnen* befragten Familien präsentierte sich somit, was den Arbeitsbereich betrifft, ausgeglichen: Einmal dominiert die Frau, ein andermal der Mann das private Büro, das dritte Paar teilt sich den Arbeitsplatz. Ulrike Schneider kommt zu einem ähnlichen Schluss: Die Verteilung der Arbeitsbereiche auf Frauen und Männer zeige auf den ersten Blick keine allzu grossen Ungleichgewichte. Unterschiede gebe es gleichwohl. So sicherten sich die Männer eher die «ungestörten» Arbeitsbereiche in den Wohnungen, gelegentlich auch im Dachgeschoss oder in Anbauten. Vor allem sie verfügten über ein reines Arbeitszimmer, allenfalls einen Schreibtisch im ehelichen Schlafzimmer. Die Arbeitsbereiche der Frauen präsentierte sich dagegen nicht so privilegiert. Sie seien häufig in andere Zimmer der Wohnung integriert und auch gerade

in Räume mit hoher Nutzungsintensität wie das Wohnzimmer oder grosszügige Flure. Schneider kommt zum Schluss: Obwohl die Frauen deutlich mehr für ihren Beruf zu Hause arbeiten als die Männer, haben sie dennoch tendenziell die schlechteren Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der Wohnung. «Die räumliche Benachteiligung als eine unmittelbare Folge patriarchaler Macht in den Familien erklären zu wollen, wäre nicht ganz richtig», warnt sie jedoch. Die Zimmer- und Nutzungsverteilung werde sehr wohl diskutiert und erfolge meist auf Wunsch der Frauen. Ein Wunsch allerdings, der den Kompromiss widerspiegle, welcher den Frauen aufgezwungen werde: Während sie berufliche Arbeiten zu Hause erledigen, müssen sie gleichzeitig die Kinder im Auge behalten und für sie erreichbar sein.

Grosse Zimmer für den Nachwuchs

Während für den grössten Teil der Erwachsenen die Wohnung lediglich Rückzugsort ist, bestimmt die Wohnung und das nähere Umfeld den Lebensraum der Kinder wesentlich. Trotzdem entscheiden die Eltern, wo und wie gelebt wird. Umso wichtiger ist es, dass das Paar bei der Wohnungswahl auf die Bedürfnisse der Kinder Rücksicht nimmt. Im pro-juventute-Heft 3-93 hat Gabriela Muri einen ganzen Kriterienkatalog für eine kind- und jugendgerechte bauliche Umwelt aufgelistet. Was die Wohnung betrifft, so plädiert sie für ein mindestens 12 bis 14 m² grosses Kinderzimmer. Das erlaube dem Nachwuchs, Spiele aufzubauen und über Nacht stehen zu lassen oder Freunde einzuladen. Wichtig sei weiter der Rufkontakt nachts zum Elternschlafzimmer. Das gelte auch für den Aussenbereich: Der so oft anzutreffende Nahspielplatz solle in Ruf- und Sichtweite zum Küchen- oder Hausarbeitsraum liegen.

Offenbar wird den Ansprüchen der Kinder in der Regel Rechnung getragen. «Nicht zuletzt weil die Wohnung im Parterre liegt und in der Umgebung viele Kinder aufwachsen, haben wir diese gewählt», sagt Marilena Bonan. Der Sohn hat ein eigenes Zimmer, die Einrichtung durfte er mitbestimmen. «Das war ihm aber nicht besonders wichtig.» Bei Famile Hottinger hielt man Familienrat.



Raoul Hottinger
lebt mit Frau und vier Kindern
(8-, 6- und 3-jährige Zwillinge) in einer
5½-Zimmer-Wohnung der Genossen-
schaft Rotach
Er: 100 % berufstätig

«Wir haben die Raumaufteilung mit den Kindern diskutiert», erzählt der Vater. Dass er und seine Frau sich das kleinste Zimmer teilen, findet er logisch. «Nur zum Schlafen brauchen wir nicht viel Platz.» So blieben drei relativ grosse Kinderzimmer übrig. Die älteren Kinder wollten sich je ein Zimmer mit einem der Zwillinge teilen, was die Eltern versuchsweise erlaubten. Das Modell bewährte sich jedoch nicht, ebensowenig das folgende, bei dem sich die älteren Kinder einen Raum teilten. Nun haben letztere je ein eigenes Zimmer, die Zwillinge sind zusammen. Mit dieser Lösung sind bis jetzt alle zufrieden. Was die Einrichtung betrifft, so waren viele Möbel bereits vorhanden. Mitbestimmen konnten die Kinder aber etwa beim Teppich. «Wir trafen allerdings eine Vorauswahl punkto Farbe und Preis», schränkt Raoul Hottinger ein.

Im Hause Zügers schliesslich schlafen die Eltern im grössten Zimmer. Die Kinder haben je ein eigenes Reich – wer welches Zimmer nimmt, machen sie unter einander ab. Pult, Bett und weitere Möbel durften sie selbst auslesen. «Die Wünsche mussten im finanziell machbaren Rahmen liegen», ergänzt Yvonne Züger.

Auch Ulrike Schneider stellt fest, dass der Nachwuchs gemessen am übrigen Raumangebot der Wohnung in den weitaus meisten Fällen sehr grosse und schöne Zimmer erhält. Mehr als ein Viertel hat einen Raum für sich. Bei jenen, die sich ein Zimmer teilen, handelt es sich entweder um Kleinkinder (bis vier Jahre) oder aber um sehr grosse Zimmer mit mehr als 20 m².

Frauen wägen eher ab

Streit um die Farbe des Sofas? Diskussionen wegen des Kleiderschranks? «Wir haben glücklicherweise einen ähnlichen Geschmack und daher keine Probleme bei Anschaffungen», lacht Raoul Hottinger. Bei Zügers hat weitgehend Yvonne die Einrichtung bestimmt. «Mein Mann war für alles offen.» Nur den Fernseher wollte er – als Sportinteressierter – selbst auslesen. Dagegen hat im Hause Bonans der Mann die Möbel ausgewählt. Er sei ja Architekt und habe einen guten Geschmack; außerdem gefalle ihr sein Stil, begründet Marilena Bonan. «Obwohl – einiges hätte ich vielleicht

anders gemacht, zum Beispiel auch antike Stücke integriert». Ihr Mann hätte ihr beim Einrichten freie Hand gelassen, sagt sie. Aber: «Ich kann mich einfach nie entscheiden.» Vielleicht fällt Männern generell die Wahl einfacher. Christoph Bieri, Verkaufschef bei Inte-rio Dübendorf, hat jedenfalls diese Erfahrung gemacht. «Wenn der Mann etwas sieht, das ihm gefällt, will er es kaufen. Frauen dagegen wägen eher ab, überlegen, ob das Stück auch zur bestehenden Einrichtung passt.» Christoph Bieri hat weiter festgestellt, dass bei Möbeln wie Polstergruppen meist die Frauen bestimmend sind. Auch die Farbwahl treffen generell sie. Dagegen kommen die Männer im funktionellen Bereich zum Zug. «Sie lesen die Regale aus, stellen das Büroprogramm zusammen.» Für den definitiven Kauf erscheinen gemäss Bieri jedoch immer beide. **[eXtra]**

*Mit Wohnprojekten sind Wohnmodelle gemeint, die einen gemeinschaftlichen Charakter haben. (Genossenschaften, Hausgemeinschaften, ...)

Literatur:

- «Neues Wohnen – alte Rollen?», Ulrike Schneider, Centaurus-Verlagsgesellschaft Pfaffenweiler, 1992
- «Sonnenhalb Schattenhalb», Margrit Hugentobler und Susanne Gysi, Limmat Verlag Zürich
- «Kind und Wohnen», Seminararbeit von Gabriel Muri
- Leitfaden «Kindergerechtes und familienfreundliches Bauen», pro juventute/SWE

Wie der Seeuferweg baden ging

Text: Toni Püntener*

Foto links und rechts: Mike Weibel

Foto mitte: Roland Hersche



Die Zürcher Regierung verspricht seit Jahrzehnten einen Seeuferweg, der direkt am Wasser zu führen wäre und nur ausnahmsweise auf die Trottoirs der Seestraschen auszuweichen hätte.

«Willkommen am See!» Grosse gelbe Bänder hängen über den Zugängen zu den Seeanlagen zwischen Bellevue und Zürichhorn. Die Seeanlagen sind ein beliebtes und viel besuchtes Naherholungsgebiet. Wenn jeder Besucher, jede Besucherin – sei es aus Unachtsamkeit, sei es aus Bequemlichkeit – nur eine einzige Plastiktüte, ein Einwickelpapier oder einen Trinkbecher liegen lässt, gibt dies bereits ein grosses Durcheinander auf den weitläufigen Rasenflächen. Und dies ist nicht nur ärgerlich für die Erholungssuchenden, sondern führt zu erheblichen Kosten für die laufende Reinigung und die Beseitigung der riesigen Abfallmengen. Darum verkünden Plakate die neuen Verhaltensregeln: Erlaubt ist, was nicht stört!

Was lässt sich daraus ableiten?

Erstens: Seeufer sind wertvolle und geschätzte Erholungsgebiete. Zweitens: Es gibt offenbar viel zu wenig davon. Und drittens: Wie vielerorts geht es auch hier um das Zusammenspiel von individuellen und allgemeinen, öffentlichen Interessen.

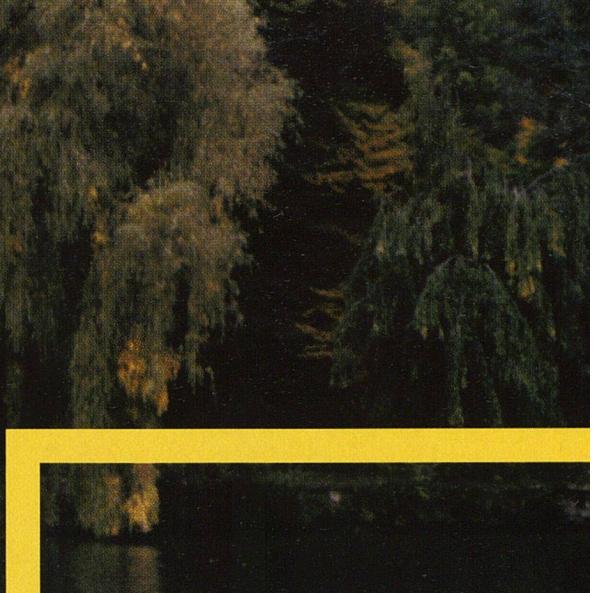
Der Richtplan des Kantons Zürich bezeichnet das gesamte zürcherische Ufer des Zürichsees als Erholungsgebiet. Das Raumplanungsgesetz des Bundes bringt einen zusätzlichen Aspekt ein: den Landschaftsschutz. Verlangt wird die Freihaltung von See- und Flussufern. Es sollen zudem der «öffentliche Zugang und die Begehung» der Ufer erleichtert werden; die selben Worte finden sich auch im kantonalen Planungs- und Baugesetz. Seeufer sind darüber hinaus wichtige Naturräume mit einer schützens- und erhaltenswerten Flora und Fauna.

Nach den Absichtserklärungen die Realität

Erholungsraum, Landschaftsschutz, Platz für die Natur: hohe Anforderungen an den schmalen Streifen zwischen intensiv genutztem oder überbautem Land und den Wasserflächen. Dazu kommt noch ein weiterer Aspekt: Das Seeufer ist häufig privates Eigentum; dieses ist bekanntlich nach Bundesverfassung geschützt. Adressen am See sind begehrte Wohnlagen!

In der Richtplan-Karte signalisiert ein dicker gelber «Strich» den besonderen Charakter des gesamten Zürichseeufers. Bereits im Text des Richtplans wird diese Grosszügigkeit erheblich eingeschränkt, weil nur ein Drittel der Ufer öffentlich zugänglich zu machen oder als öffentliche Anlagen zu gestalten sind. Hier bezieht der Kanton eindeutig Stellung: Das öffentliche Interesse am freien Seeuferzugang hat nur ein Gewicht von einem Drittel, die privaten Interessen überwiegen, und dies, obwohl das heutige Zürichseeufer hauptsächlich erst wegen Landgewinnungsarbeiten der öffentlichen Hand entstanden ist!

Die Zürcher Regierung verspricht seit Jahrzehnten einen Seeuferweg, der direkt am Wasser zu führen und nur ausnahmsweise auf die Trottoirs der Seestraschen auszuweichen hätte. Die Umsetzung wird per Gesetz den Regionen und Gemeinden übertragen; diese haben für die Freihaltung des Ufers zu sorgen und die Zugänglichkeit zum Zürichseeufer zu verbessern.



nicht gerecht, er ignoriert das Bedürfnis der Bevölkerung nach einem wertvollen Raum für aktive und passive Erholung. Das Recht auf Privateigentum hat viel mehr Gewicht als die Interessen der Allgemeinheit – Alltag der real existierenden Musterdemokratie Schweiz.

Der Preis für Privilegien ist immer zu bezahlen

Zurück zum Beginn: Die Seeanlagen in der Stadt Zürich sind weitgehend öffentlich zugänglich, die Absichten der Gesetzgebung sind weitgehend umgesetzt. Die Plakate mit den Verhaltensregeln sind möglicherweise der Preis dafür, dass andernorts der See nicht im gleichen Mass für die Öffentlichkeit offen ist. Einmal mehr trägt die Stadt, die Allgemeinheit Lasten, damit irgendwo am Seeufer Private profitieren können. Es geht um den Ausgleich zwischen privaten Interessen und der Allgemeinheit, letztlich um das Verhältnis von Egoismus und Gemeinsinn. Die Allgemeinheit, das sind doch letztendlich wir Private, wir Einzelpersonen alle zusammen: wenn jemand für sich allein zu viel beansprucht, leiden alle darunter. Seeufer sind eine knappe Ressource und ein exemplarisches Beispiel für die Begrenztheit unseres Planeten. Die Geschichte um den Seeuferweg steht als Parabel für die Alltagswirklichkeit. **[eXtra]**

*Toni Püntener ist Kantonsrat der Grünen Partei des Kantons Zürich

Strenge Bundesgericht

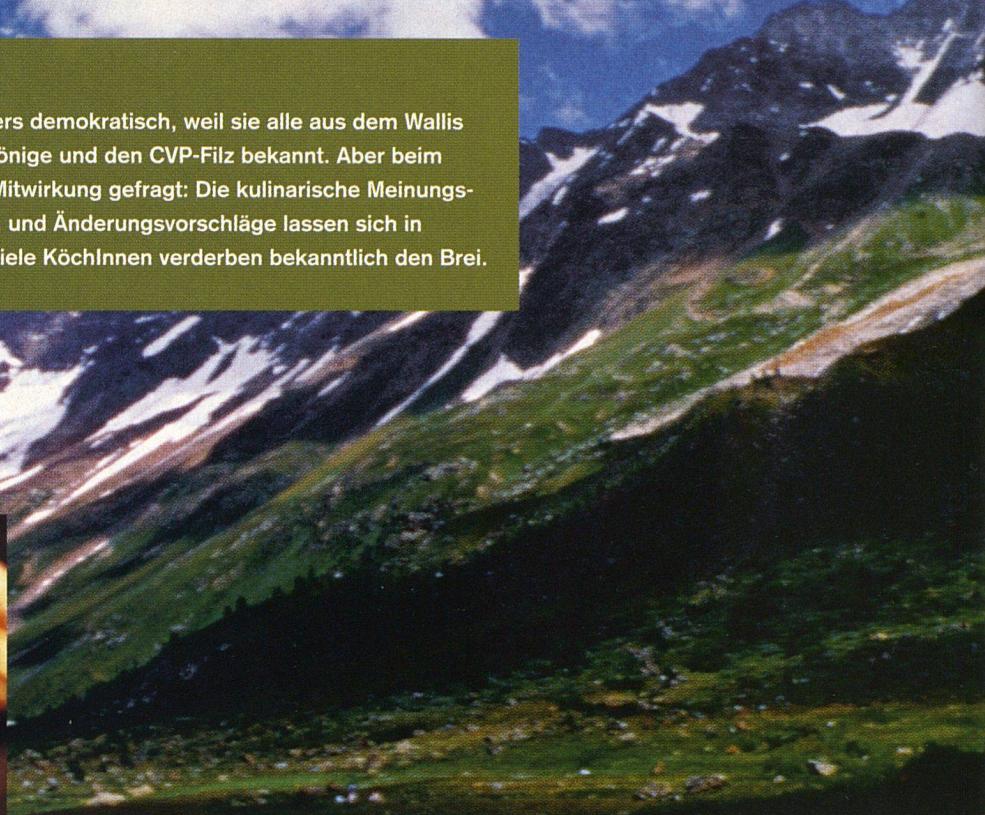
Am linken Ufer sind die Baulinien für den Seeuferweg bereits vor mehr als zehn Jahren festgesetzt und durch das Bundesgericht bestätigt worden. Das Bundesgericht hat dabei das öffentliche Interesse an einem Seeuferweg grundsätzlich anerkannt, gleichzeitig aber strenge Bedingungen für die Einschränkung der Eigentumsrechte von Privaten formuliert. In Thalwil und von Horgen bis Wädenswil gibt es unterdessen Seeuferwege – und diese werden sehr rege benutzt. Die Nachfrage nach dem Zugang zum See ist also ungebrochen vorhanden, das Interesse an guten Naherholungsangeboten ist ausgewiesen. Ziemlich unverständlich ist, wenn für die schleppende Realisierung des Seeuferweges fehlende Strassenbau-Gelder verantwortlich gemacht werden, während gleichzeitig Milliarden für den Ausbau des Autobahnnetzes eingesetzt werden!

Am rechten Ufer – der «Goldküste» – spricht die Regierung in der Antwort auf eine Anfrage der Kantonsräteinnen Willy Spieler und Elisabeth Derisiotis-Scherrer bereits nicht mehr vom Seeuferweg, sondern ganz bescheiden von einem «Zürichseeweg». Diese Namensänderung ist Programm: die ufernahe Führung des Weges ist nur noch eine unter vielen Randbedingungen, die Schonung bereits überbauter Privatgrundstücke erhält einen grossen Stellenwert. Der Zürichseeweg wird sich mühsam und versteckt durch die Gegend schlängeln, mal vorne am Seeufer, dann wieder bergseitig der Häuser und Villen. Dieser Weg wird den Absichtserklärungen in den Gesetzbüchern nicht entsprechen, er wird den vielfachen Versprechungen vom ufernahen Weg mit freiem Blick auf den See und die Landschaft

Mitwirkung erlaubt

Die folgenden Rezepte sind nicht besonders demokratisch, weil sie alle aus dem Wallis stammen. Das Tal ist eher für seine Dorfkönige und den CVP-Filz bekannt. Aber beim Zubereiten der drei köstlichen Gänge ist Mitwirkung gefragt: Die kulinarische Meinungsbildung erfolgt mit Vorteil beim Goutieren, und Änderungsvorschläge lassen sich in den Prozess einbauen. Aber Achtung: Zuviele KöchInnen verderben bekanntlich den Brei.

Wallisser Küche



Apérobrötchen mit Nusswurst und Käse

Für ca. 30 Stück

200 g Mehl
1 Brieflein Safran
1 EL Backpulver
 $\frac{1}{4}$ TL Salz
schwarzer Pfeffer aus der Mühle
80 g Walliser Bergkäse, gerieben
100 g Nusswurst, gehackt oder
50 g Schweinswurst und
50 g Baumnüsse, gehackt
1 Bund Petersilie, fein gehackt
1 Ei, verklopft
0,5–1 dl Milch
1 Ei, verklopft, zum Bepinseln

1 Alle Zutaten bis und mit Pfeffer in einer Schüssel mischen.

2 Käse, Wurst, evtl. Nüsse und Petersilie dazumischen.

3 Ei und Milch verrühren, zur Mehlmasse geben und zu einem Teigballen zusammenfügen.

4 Aus dem Teig aprikosengroße Kugeln formen. Auf ein mit Backpapier belegtes Blech legen und mit Ei bepinseln. Im unteren Teil des auf 210 °C vorgeheizten Ofens ca. 20 Minuten goldbraun backen. Herausnehmen, warm servieren.

Das neue Regionenbuch «Das Wallis – Die Region. Die Rezepte» macht einen kulinarischen Rundgang durch das Ober- wie auch das Unterwallis und zeigt neben den traditionellen auch eine Anzahl neuer Walliser Kochrezepte. Es umfasst 110 Seiten und kostet 18 Franken.
Bezugsnachweis:
Schweizer Milchproduzenten SMP
Postfach
3024 Bern
Tel 031 359 57 28
www.swissmilk.ch



Kaninchenfilet mit lauwarmem Gemüse an Vinaigrette

Für 4 Personen

4 Kaninchenfilets
70 g Trockenfleisch, in feine Tranchen geschnitten
Bratbutter oder Bratcrème
400 g Bohnen, gerüstet, in ca. 3 cm lange Stücke geschnitten
400 g Broccoli, in Röschen zerteilt
1 dl Gemüsefond oder -bouillon

Vinaigrette:

1 Schalotte, fein gehackt
1 Knoblauchzehe, fein gehackt
3 Tomaten, gedörrt, fein geschnitten
3 EL weisser Balsamico-Essig
5 EL Öl
1 Bund Petersilie, gehackt
Salz, Pfeffer
1 Bund Rucola, in mundgerechte Stücke gezupft

1 Ofen auf 80 °C vorheizen. Eine Ofenform einschieben.

2 Kaninchenfilets mit Trockenfleisch umwickeln. In Bratbutter oder Bratcrème rundum 2–3 Minuten anbraten. In die Ofenform legen und im auf 80 °C vorgeheizten Ofen ca. 20 Minuten garen.

3 Bohnen im sprudelnden Salzwasser ca. 7 Minuten kochen, herausnehmen. Broccoli darin ca. 4 Minuten kochen, abtropfen lassen und beides zugedeckt beiseite stellen.

4 Bratfett mit Haushaltspapier auftupfen, Fond dazugießen, aufkochen, absieben.

5 Für die Vinaigrette alle Zutaten zum Fond rühren, würzen.

6 Gemüse auf Tellern verteilen, Kaninchenfilets schräg tranchieren, auf das Gemüse legen. Mit Vinaigrette beträufeln und mit Rucola bestreuen.

Williamsbirnen-Gratin

Für 4 Gratinformchen von 1,5 dl Inhalt

1 dl Weisswein
2 EL Zucker
2 Williamsbirnen, geschält, halbiert, entkernt, auf der gewölbten Seite fein eingeschnitten

Guss:

100 g Mascarpone
wenig Zitronenschale, abgerieben
1 Eigelb
1 EL Zucker
1 Eiweiss, steif geschlagen

1 dl Vollrahm, steif geschlagen
1 EL Williams

1 Wein und Zucker aufkochen, Birnen beifügen, knapp weich kochen.

2 Mascarpone, Zitronenschale, Eigelb und Zucker cremig rühren. Eischnee darunterziehen.

3 Masse in den Förmchen verteilen, Birnen mit der Wölbung nach oben hineinlegen. In der Mitte des auf 200 °C Oberhitze und Grill vorgeheizten Ofens 8–10 Minuten goldbraun gratinieren.

4 Rahm und Williams mischen, zu den Gratin servieren.

Entscheidungsfreiheit	Brutstätte poet. Name des Löwen	Verbrunnungs- rückstand	ärztl. Helferin, Abk. Arbeit	Wortfolge von Schriften	Hautbemalung	Raumstation Kleidermode	german. Buchstabe Monat	engl.: eins Gewicht (Abk.)
						4		
	1	Kurort b. Montreux Computersprache			Europa- rakete Speise- fisch			Abstimmungs- befugnis
germ. Gott				Haus- halts- plan Gully		schott. Fluss Luft der Lungen		geziertes Gehabe
Textil- produkt								
grob	Zufluss des Arno in der Toskana 2. Frau Jakobs	trostlose Wüstenei		Stern im „Adler“ Empfang			Tier- kreis- zeichen	
			mittelam. Raubtier eine der Nornen			Ziffer, ein- stellige Zahl	6	
französ. Männer- name	8			Lehre von den Stoffen	flüssiges Fett Gelände- form		eh. Druck- mass, Abk. Berg in Jerusalem	
							Reittierrie- menzeug Flachland	
demokra- tischer Teilhabe- anspruch	staudige Inula- Heil- pflanze	kroatische Adria- insel	Kopf- bewuchs Meeres- säugetier			Alpen- gipfel im Berner Oberland	3	
			Holz-, Reisig- bündel	7		heftiger Windstoss Autoein- stellraum		
Bau- hilfs- stoff		Ski- lang- lauf- spur	Behörden- stelle Monat	frz. Stadt Stadt in Pennsylv.			EDV-Gerät (Abk.) räuml. Aus- dehnung	
laugenart. chemische Verbindung				Schwung Teilzahlung			Schmerz, Leid Erbfaktor	
	9	Bosheit, Schlechtig- keit	Berg bei St. Moritz latein. Grusswort	Bergdopfer Bibelteil (Abk.)	Landes- verweser dt. Norm- zeichen		10	
jap. Stadt auf Honshu Papstkrone						sommerl. Schlecke- rei Fürwort		Abkürzung für: Milliarde
Wohnungs- wechsel	Besitz- und Ver- fügungs- recht				Ort auf d. niederl. Insel Ameland		zweiter Heuschmitt, Grummel	2

Vielleicht kochen Sie bald mit Herz!

Das eXtra verlost unter allen Einsendungen

10 Exemplare des soeben erschienenen Buches «Kochen mit Herz».

Mit altbekannter Frische und neuer Leichtigkeit stellt die mehrfach ausgezeichnete **Starköchin Marianne Kaltenbach** Gerichte aus verschiedenen Ländern vor. Und mehrere **Schweizer Prominente** (Gabriela Amgarten, Beat Schlatter, Beatrice Tschanz, Hausi Leutenegger u.v.m.) verraten ihr Lieblingsrezept und welche Erinnerungen und Erlebnisse sie damit verbinden.

Schreiben Sie die Lösung des Rätsels auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 15. Januar 2001 an: Redaktion wohnen, Preisrätsel, Postfach, 8057 Zürich (Absender nicht vergessen!). Die GewinnerInnen werden ausgelost und sofort benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt.

PS: Suchen Sie noch das passende Weihnachtsgeschenk! Oder wollen Sie sich auf jeden Fall ein Exemplar dieses ganz besonderen Kochbuches sichern? Von jedem verkauften Exemplar (Fr. 40.-) gehen Fr. 10.- direkt an das Schweizer Kinderhilfswerk *Terre des hommes* zu Gunsten der Ernährungszentren in Mauretanien (Westafrika). Sie erhalten das Buch im Handel oder direkt beim Verlag:
Tizio Verlag GmbH, Tel. 055/214 20 00,
Fax 055/214 20 12, E-Mail tizio-verlag@bluemail.ch.

Die Gewinnerinnen des Kreuzworträtsels vom «eXtra» 2/2000 sind:

Vreny Wyss
Brunnmattstrasse 22a
6010 Kriens
(1. Preis)
Ruth Bühler
Stüssistrasse 53
8057 Zürich
(2. Preis)

Impressum:
eXtra

Ausgabe 3/00

Beilage zum
«wohnen» Nr. 12/00

Herausgeber:
SVW

Redaktion:
Redaktion «wohnen»

Visuelle Gestaltung:
Markus Galizinski,
Zürich

Lithos/Druck:
gdz AG, Zürich